

Der Schulsenator organisiert das Chaos

Fortsetzung von Seite 1

Zu Beginn des neuen Schuljahres entschuldigte sich Schulsenator Böger für die teilweise unzumutbaren Zustände in den Schulbauten. Zum selben Zeitpunkt verabschiedet aber der rot-rote Senat, dem der Schulsenator angehört, einen Haushalt, in dem die Mittel im Schulstätten-Sanierungsprogramm von 51 auf 41 Millionen Euro gekürzt werden sollen. Wie ernst nimmt sich der Schulsenator eigentlich? Ebenfalls zum neuen Schuljahr hat der rot-rote Senat die Lernmittelfreiheit aufgehoben.

Rot-Rot will die Kinder möglichst lange in großen Klassen halten, ohne dass die Starken aufgrund der Klassengröße optimal gefördert, die Schwächeren optimal gefördert werden können. Als Vorbild wird das finnische Schulsystem herangezogen, das jedoch viel geringere Klassengrößen sowie eine deutlich bessere Ausstattung mit Erziehern und Schulpsychologen aufweist! Die Eltern ziehen ihre Konsequenzen und versuchen zunehmend, ihre Kinder frühzeitig ab Klasse fünf auf weiterführende Schulen zu geben. Die Ergebnisse der Sprachstands-

untersuchung „Bärenstark“ waren vorhersehbar, handelte es sich doch schon um die zweite Untersuchung dieser Art, die Ergebnisse waren dennoch erschreckend. Der Schulsenator fördert die Profilbildung der Schulen, damit wird die Auswahl der Unterrichtsinhalte immer mehr der Qualifikation und Interessenlage der Schulen vor Ort überlassen. Die Richtlinien der Konferenz der Kultusminister sind noch nicht umgesetzt.

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben alle aufgeschreckt, doch der rot-rote Senat zieht keinerlei Konsequenz aus den Bedingungen, die erfolgreiche PISA-Länder in der Schule bieten, wie etwa Verringerung der Klassengrößen. Statt dessen müssen in Berlin angestellte Lehrkräfte bis zu vier Stunden mehr unterrichten, obwohl es für die Beamtenschaft eine Rücknahme der Arbeitszeiterhöhung gab, oder wird das Weihnachts- und Urlaubsgeld trotz erhöhter Arbeitszeit gekürzt. Für Schulsenator Böger ist klar: Finanzsenator Sarrazin ist Schuld, dass bei der Bildung gespart wird. Die CDU fordert: Herr Schulsenator, nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, setzen Sie sich dafür ein, dass Bildung endlich Priorität hat! (Katrin Schultze-Berndt)

Die CDU fordert: Familien müssen als Keimzelle der Gesellschaft und damit als Grundlage für ihr Fortbestehen in besonderer Weise gefördert werden. Kinder dürfen nicht länger ein Armutsrisiko bedeuten!

Dazu wollen wir:

- Familien von weiteren Belastungen ausnehmen
- Lernmittelfreiheit beibehalten

Die CDU fordert: Alle Kinder müssen optimal gefördert und gefördert werden! Dazu wollen wir:

- Sicherstellen der Schulreife bereits vor Schuleintritt, in Problemfällen mit Hilfe einer Vorschulpflicht
- kleinere Klassenfrequenzen
- leistungsorientierte Förderung (äußere Differenzierung) in den Klassen fünf und sechs in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache
- bedarfsgerechte Einrichtung fünfter Klassen an weiterführenden Schulen

Die CDU fordert:

- Sprachstandsuntersuchung bei der U8 (im Alter von vier Jahren) mit standardisierten Sprachtests
- Vorschul-/ Vorklassenpflicht für Kinder mit Defiziten in der Sprachentwicklung

- gleiche Startchancen für alle Kinder zu Schulbeginn

Die CDU fordert: Die Qualität schulischer Bildung darf nicht vom Wohnort abhängen!

Die Schulen sollen die Freiheit zur Profilbildung haben; gleichzeitig müssen jährlich zentrale Vergleichstests durchgeführt werden um sicherzustellen, dass ein verbindliches Niveau erreicht wird.

Die CDU fordert: Die Belastung der Lehrkräfte muss realistisch eingeschätzt und so gestaltet werden, dass sich die Qualität des Schulunterrichts verbessert.

Dazu wollen wir:

- Klassengrößen verringern
- bei gleich bleibender Klassengröße homogene Leistungsgruppen
- eine Rücknahme der Stundenzahlerhöhung
- die Einstellung junger Lehrkräfte für eine optimale Mischung von Erfahrung und neuen Ideen
- eine realistische Bewertung der Arbeitszeit der Lehrkräfte einschließlich Vor- und Nachbereitungszeit, Korrekturzeit und außerunterrichtlichem Engagement
- Unterstützung der Lehrkräfte durch Erzieher und Schulpsychologen



Pressekonferenz zum Schulbeginn: Katrin Schultze-Berndt, bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, und Gerhard Schmid, Vorsitzender Forum Schulpolitik und berufliche Bildung der CDU Berlin

CDU CONTRA REGIERUNGSVORSCHLÄGE

Merkel: „Offenbarungseid statt Befreiungsschlag“

„Rot-Grün schafft es immer noch nicht, die Probleme unseres Landes in den Griff zu bekommen“, sagt die Partei- und Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag Angela Merkel. Die letzten Vorschläge des Bundeskabinetts seien mehr denn je ein Offenbarungseid, anstatt des erhofften Befreiungsschlages. Die Vorschläge basierten auf einem unseriösen Bundeshaushalt 2004. Mit dem Entwurf von Hans Eichel sei der Weg



in eine weitere, deutliche Erhöhung der Staatsverschuldung vorgezeichnet. Die vorgeschlagene Finanzierung des Vorziehens der letzten Stufe der Steuer-

reform verdiene, so Merkel, den Namen Finanzierungskonzept nicht. Die Union fordere deshalb

die Bundesregierung auf, solide Gegenfinanzierungsvorschläge vorzulegen.

Auch der Vorschlag zur Reform der Gemeindefinanzen sei unausgegoren. Insbesondere die geplante Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuer führe zu mehr Steuerbürokratie und belaste wiederum Leistungsträger. Die Bundesregierung habe fünf wertvolle Jahre zur Erarbeitung eines tragfähigen Reformkonzeptes vergeudet. Mit den Vorschlägen zur Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe drohe einmal mehr eine im Grundsatz richtige Idee an Zentralisierung und Überbürokratisierung zu verkommen. Fast 12.000 geplante neue Stellen in den Arbeitsäm-

tern seien ein klares Signal für noch mehr Bürokratie.

Angela Merkel: „Wir erschöpfen uns aber nicht im Nein-Sagen, sondern drücken weiter aufs Tempo. Wir sind als Anwalt der Menschen zu einer nationalen Kraftanstrengung bereit.“ Die Vorschläge der Union liegen auf dem Tisch. Im Juni wurde ein Arbeitsmarktreformgesetz eingebracht, das weitaus mutiger und entschlossener sei als die Vorstellungen des SPD-Ministers Clement. Mit dem hessischen Entwurf zur Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in den Kommunen liege auch hier eine geeignete Verhandlungsbasis vor. „Dem Subventionsabbau, wie er derzeit durch Koch und Steinbrück beraten wird,

werden wir uns nicht verschließen“, sagt Merkel. Und weiter: „Reformen muss man richtig machen. Am Wohl der Menschen - an nichts anderem - muss sich politisches Handeln orientieren.“ (dr)

SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ

SAFETY

OBJEKTSCHUTZ
REVIERKONTROLLE
VERANSTALTUNGSDIENST
ALARMZENTRALE
ALARMVERFOLGUNG
ARBEITSSICHERHEIT

KURIERDIENST
GLAS- UND
GEBÄUDEREINIGUNG
ERRICHTUNG VON
SICHERUNGS- UND
RAUMSCHUTZANLAGEN

Safety Unternehmensschutz GmbH
Stroblauer Allee 35 10245 Berlin

Tel.: 0 30/29 33 94-0 · Fax: 0 30/29 33 94-11